

(Abgeordneter Winkler.)

(A) Ansicht nach ist die Ausweisung in diesem Falle nur zu dem Zwecke geschehen, um zugunsten des Unternehmertums die Behörden in Bewegung zu setzen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns weiter fragen: Was will die Regierung? Was will der Justizminister mit seiner Eilgerichtsbarkeit? und wenn wir seine Gründe, warum eine eilige Gerichtsbarkeit gut sei, untersuchen, dann stellt sich der Justizminister hin und sagt, ja, wegen des Vergessens, wegen der Unzuverlässigkeit der Zeugenaussagen sei es wichtiger, wenn schnell abgeurteilt werde. Ja, weiß denn der Herr Justizminister nicht, daß demgegenüber auch ein anderes Argument anzuführen ist, nämlich daß durch die Aufregung auch die Richter, die ebensogut Menschen sind wie die Angeklagten, schließlich zu dem kommen, was wir in Deutschland und auch in Sachsen durch eine Reihe von Jahren bemerken, nämlich daß Klassenurteile zustande kommen, Klassenurteile, die infolge der Aufregung der Richter in der ersten Zeit vielleicht viel härter ausfallen, als wenn eben ein geordneter Geschäftsgang, eine geordnete Gerichtsbarkeit gegenüber der Arbeiterschaft ausgeübt wird.

(Abgeordneter Fräßdorf: Sehr richtig!)

(B) Wenn wir uns weiter mit den Ausführungen vom Ministertische aus beschäftigen, so wollen wir uns auch mit der Instruktion beschäftigen, die das Ministerium des Innern zwar nicht herausgeben will, die aber dem Geiste nach bereits in den sächsischen Polizeiorganen allüberall bis hinaus auf das kleinste Dörfchen schon heute existiert.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Latitüdel!)

Und wenn man weiter sagt, die sächsische Regierung wolle ja gar keine Ausnahme-gesetzgebung, und wenn man sowohl die Konservativen als auch die Nationalliberalen hört, ja, was wollen die Herren denn eigentlich? Die wollen allerdings kein Ausnahme-gesetz, aber sie wollen ein Gesetz haben, das mit Ausnahme angewendet wird, und diese Ausnahme soll eben die Arbeiterschaft sein.

Ein Gesetz soll geschaffen werden, eine Gerichtsbarkeit, eine Durchführung des Strafvollzuges, ein Eingreifen der Behörden soll geschaffen werden, welches ausnahmsweise gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. Wir haben diese Fälle oft wiederholt erleben müssen und werden sie, nachdem hier die bürgerlichen Parteien und die Regierung selbst sich bereit erklärt haben, diese Scharfmacherei immer und immer wieder zu betreiben, vielleicht noch in weit erschreckenderem Maße in den einzelnen Städten und in den einzelnen Ortschaften auch wieder erleben.

II. R. (1. Abonnement.)

Meine Herren! Wenn wir uns mit dem Terrorismus (C) an sich, mit jenem Popanz, auf den heute die ganze bürgerliche Presse und im Reichstage und in den einzelnen Bundesstaaten auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien loshauen, nun näher beschäftigen und wenn wir diesen Terrorismus prüfen, ja, wieviel bleibt dann übrig von den zusammengestoppelten Fällen? So wenig, so ein klein wenig, daß es wirklich nicht wert wäre, über die Anträge der bürgerlichen Parteien zu reden. Aber wenn wir dann weiter prüfen: Warum, wieso, weshalb ist denn jenes Geschrei gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie, der freien Gewerkschaften entstanden?, so lautet die Antwort: es ist entstanden, weil wir und die freien Gewerkschaften erstarkt sind und auch immer noch stärker werden und weil wir durch unsere starken Gewerkschaften einen Teil des Profits dem Unternehmertum abnehmen in der Form von Lohn-erhöhungen und weil das Unternehmertum immer mehr und mehr dahinter kommt, daß ein Erstarken der Gewerkschaften, ein freies Ausleben des Koalitionsrechtes immer mehr und mehr das Unternehmertum bedrängt. Und weil dem so ist, deswegen kommt das Unternehmertum her und stellt den einzelnen Kandidaten bestimmte Bedingungen. Darum sind auch jetzt, wo wir vor den Wahlen stehen, wo der letzte Landtag in Sachsen tagt, jedenfalls die bürgerlichen Herren Vertreter bereit, (D) die Bedingungen des Verbandes Deutscher Industrieller zu erfüllen. Und welche Kandidaten unterstützt denn der Verband Deutscher Industrieller? Er bestimmt in seinen Punkten: Als Kandidaten sollen solche Persönlichkeiten aufgestellt werden, welche:

„bezüglich der sozialpolitischen Fragen auf Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gebührende Rücksicht nehmen und bereit sind, vor ihrer Stellungnahme zu den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse und die Anforderungen des praktischen Lebens von der Vertretung der Industrie durch Vermittlung der Kommission für den industriellen Wahlfonds entgegenzunehmen und gewissenhaft zu prüfen.“

Drittens bestimmt er, daß die Kandidaten sich verpflichten, einen gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen durchzuführen.

Wenn wir die Tätigkeit der Herren Nationalliberalen und Konservativen in puncto der sozialen Gesetzgebung und in puncto des Arbeitswilligenschutzes, wie er von jenen Herren getauft worden ist, ansehen, so finden wir, daß sowohl die Konservativen als auch die Nationalliberalen allem Anscheine nach bestrebt sind, diesen Bedingungen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nachzukommen, weil sie dadurch die Gewißheit erhalten, daß dann, wenn es bei den Wahlen wieder einmal hart an hart geht, sie die Unter-